

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1990

Ausgegeben am 21. Dezember 1990

55. Stück

73. Gesetz: Abgabenrechtliche Strafbestimmungen; Änderung.

74. Gesetz: Wiener Krankenanstaltengesetz 1987; Änderung.

73.

Gesetz vom 27. November 1990, mit dem das Gesetz vom 26. Juni 1990, mit dem abgabenrechtliche Strafbestimmungen geändert werden, sowie abgabenrechtliche Strafbestimmungen geändert werden

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz vom 26. Juni 1990, mit dem abgabenrechtliche Strafbestimmungen geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 44, wird wie folgt geändert:

1. Die jeweilige Z 2 der Art. I bis XIII und XV bis XVII sowie die jeweilige Z 3 der Art. XIV und XVIII entfallen.
2. Art. XIX entfällt.

Artikel II

Das Wiener Ankündigungsabgabegesetz 1983, LGBl. für Wien Nr. 19, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe mit einem Betrag von höchstens 300 000 S verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 600 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe mit einem Betrag von mehr als 300 000 S fahrlässig oder vorsätzlich verkürzt wird, sind vom Gericht als Finanzvergehen mit Freiheitsstrafen bis zu neun Monaten oder mit Geldstrafen bis zum Zweifachen des Verkürzungsbetrages zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Monaten festzusetzen.“

Artikel III

Das Wiener Anzeigenabgabegesetz 1983, LGBl. für Wien Nr. 22, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 9 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe mit einem Betrag von höchstens 300 000 S verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 600 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe mit einem Betrag von mehr als 300 000 S fahrlässig oder vorsätzlich verkürzt wird, sind vom Gericht als Finanzvergehen mit Freiheitsstrafen bis zu neun Monaten oder mit Geldstrafen bis zum Zweifachen des Verkürzungsbetrages zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Monaten festzusetzen.“

Artikel IV

Das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, LGBl. für Wien Nr. 17/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel V

Das Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 13/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel VI

Das Wiener Garagengesetz, LGBl. für Wien Nr. 22/1957, zuletzt geändert durch das Gesetz

LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 46 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Ausgleichsabgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel VII

Das Gebrauchsabgabengesetz 1966, LGBL. für Wien Nr. 20/1966, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 16 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel VIII

Das Gefrorenessteuergesetz für Wien 1983, LGBL. für Wien Nr. 18, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von höchstens 300 000 S verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 600 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von mehr als 300 000 S fahrlässig oder vorsätzlich verkürzt wird, sind vom Gericht als Finanzvergehen mit Freiheitsstrafen bis zu neun Monaten oder mit Geldstrafen bis zum Zweifachen des Verkürzungsbetrages zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Monaten festzusetzen.“

Artikel IX

Das Getränkesteuergesetz für Wien 1971, LGBL. für Wien Nr. 2, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 10 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von höchstens 300 000 S verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 600 000 S zu

bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von mehr als 300 000 S fahrlässig oder vorsätzlich verkürzt wird, sind vom Gericht als Finanzvergehen mit Freiheitsstrafen bis zu neun Monaten oder mit Geldstrafen bis zum Zweifachen des Verkürzungsbetrages zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Monaten festzusetzen.“

Artikel X

Das Hundeabgabengesetz, LGBL. für Wien Nr. 38/1984, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 50 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XI

Das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, LGBL. für Wien Nr. 22/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 17 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 100 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XII

Das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978, LGBL. für Wien Nr. 2, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Gebühr verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 100 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XIII

Das Lebendviehausgleichsabgabengesetz für Wien 1983, LGBL. für Wien Nr. 9, in der Fassung des

Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 50 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XIV

Das Müllabfuhrgesetz 1965, LGBL. für Wien Nr. 19, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 21 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 100 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XV

Das Sportgroschengesetz für Wien 1983, LGBL. für Wien Nr. 27, in der Fassung des Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 6 a Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XVI

Das Umweltabgabengesetz, LGBL. für Wien Nr. 43/1989, in der Fassung des Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 22 hat zu lauten:

„§ 22. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 100 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XVII

Das Vergnügungssteuergesetz 1987, LGBL. für Wien Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 19 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von höchstens 300 000 S verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 600 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen. Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Steuer mit einem Betrag von mehr als 300 000 S fahrlässig oder vorsätzlich verkürzt wird, sind vom Gericht als Finanzvergehen mit Freiheitsstrafen bis zu neun Monaten oder mit Geldstrafen bis zum Zweifachen des Verkürzungsbetrages zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Monaten festzusetzen.“

Artikel XVIII

Das Versteigerungsabgabengesetz, LGBL. für Wien Nr. 45/1983, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 6 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 300 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Artikel XIX

Das Wasserversorgungsgesetz 1960, LGBL. für Wien Nr. 10, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 44/1990, wird wie folgt geändert:

§ 28 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Gebühren verkürzt werden, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafen bis 100 000 S zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.“

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:

Zilk

Bandion

74.

Gesetz vom 27. November 1990, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert wird

Der Wiener Landtag hat in Ausführung der grundsätzlichen Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 157/1990, beschlossen:

Artikel I

Das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, LGBl. für Wien Nr. 23/1987, in der Fassung der Gesetze LGBl. für Wien Nr. 19/1988, Nr. 22/1988, Nr. 40/1989 und Nr. 19/1990 wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift vor § 59 lautet:

„Besondere Bestimmungen für Abteilungen für Psychiatrie in öffentlichen Krankenanstalten und für öffentliche Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie“

2. Die §§ 59 und 60 lauten:

„§ 59

(1) Abteilungen und Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie sind zur Aufnahme psychisch Kranker bestimmt.

(2) Zweck der Aufnahme ist

1. die Feststellung des Gesundheitszustandes durch Untersuchung,
2. die Behandlung zur Heilung, Besserung oder Rehabilitation,
3. die Behandlung zur Vorsorge vor einer Verschlechterung oder
4. die erforderliche Betreuung und besondere Pflege, sofern diese nur in der Krankenanstalt gewährleistet werden können.

In den Fällen der Z 2 bis 4 kann der Zweck der Aufnahme auch in der Abwehr von ernstlichen und erheblichen Gefahren für Leben oder Gesundheit des psychisch Kranken oder anderer Personen bestehen, wenn diese Gefahren mit der psychischen Krankheit im Zusammenhang stehen.

(3) In den Fällen des Abs. 2 Z 3 und 4 können auch unheilbar psychisch Kranke in Abteilungen und in Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie aufgenommen werden.

§ 60

Abteilungen und Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie sind grundsätzlich offen zu führen.“

3. Nach § 60 sind folgende §§ 60 a bis 60 f einzufügen:

„§ 60 a

(1) Geschlossene Bereiche dürfen nur zur Anhaltung von psychisch Kranken geführt werden, auf die das Unterbringungsgesetz, BGBl. Nr. 155/1990, anzuwenden ist. Diese müssen von den anderen Bereichen unterscheidbar sein.

(2) Die Errichtung eines geschlossenen Bereiches ist eine wesentliche Veränderung der Krankenanstalt nach § 7 Abs. 2.

§ 60 b

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen kann vorgesorgt werden, daß psychisch Kranke auch außerhalb geschlossener Bereiche Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit nach dem Unterbringungsgesetz unterworfen werden können. Es ist sicherzustellen, daß dadurch andere psychisch Kranke nicht in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden.

§ 60 c

(1) Die Anstaltsordnung hat unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Betreuung psychisch Kranker entsprechende Organisationsvorschriften vorzusehen.

(2) Die Anstaltsordnung hat auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, daß Patientenanwälte und Gerichte ihre gesetzlichen Aufgaben in der Krankenanstalt erfüllen können. Für die Durchführung mündlicher Verhandlungen und für die Tätigkeit der Patientenanwälte sind geeignete Räume zur Verfügung zu stellen.

§ 60 d

Für die Dokumentation und Aufbewahrung der Aufzeichnungen nach dem Unterbringungsgesetz ist § 17 Abs. 1 bis 5 sinngemäß anzuwenden.

§ 60 e

Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie müssen unter der ärztlichen Leitung eines Facharztes für Psychiatrie und Neurologie (Neurologie und Psychiatrie) stehen.

§ 60 f

Die §§ 36 und 38 sind insoweit anzuwenden, als sich aus dem Unterbringungsgesetz nichts anderes ergibt.“

4. Die Überschrift zu § 64 entfällt.

5. § 64 lautet:

„§ 64

Für die Führung von Abteilungen für Psychiatrie in privaten Krankenanstalten und in privaten Sonderkrankenanstalten für Psychiatrie sind die §§ 59 bis 62 anzuwenden.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1991 in Kraft.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:

Zilk

Bandion